Moderator Bohlen in Eckernförde 2012
„Den Arsch zugenäht“

Getönte Scheiben

Prominente „Deutschland sucht den Superstar“ ist in die Jahre gekommen. Ein Streit vor Gericht zeigt, dass vor allem einer noch kräftig kassiert – Dieter Bohlen.

Seinen Ausflug ins Showgeschäft hatte sich Elmar Quinkenstein, 50, anders vorgestellt. Glamouröser, seriöser.

Der Hamburger Hotelbetriebswirt sicherte sich im vorigen Jahr den Auftrag, zwei Livekonzerte „Deutschland sucht den Superstar“ (DSDS) zu veranstalten – den Open-Air-Ableger der RTL-Show mit Dieter Bohlen. Doch die Freude hielt nicht lange an. Die Konzerte drohten ein finanzielles Desaster zu werden. Quinkenstein sagte sie kurzfristig ab. Schließlich schrieb er, in einer Nachtschicht, Adressen auf Umschläge, tütete Schecks ein und klebte die Briefe zu. Hunderte junge Popfans, die bereits Eintrittskarten gekauft hatten, mussten beruhigt werden.

Der schmale Mann, Spitzname „Quincy“, fühlt sich „verarscht“, wie er sagt. Ihm sei der Eindruck vermittelt worden, Hunderttausende Euro verdienen zu können. Stattdessen stand er kurz vor dem Ruin – erdrückt von den Kosten, enttäuscht von der Zuhörerresonanz. Nun zankt sich Quinkenstein mit Bohlen, dessen Tourmanager und anderen, alle wollen noch Geld.

Die gerichtliche Auseinandersetzung lüftet den Vorhang zur DSDS-Welt: einer Verwertungsmaschinerie, die junge Leute mit großen Träumen nach oben zu befördern verspricht. Teenager ohne Schulabschluss verdienen plötzlich bis zu 20 000 Euro für eine knappe Stunde Gesang und werden hofiert, als wären sie Madonna. Aber für die meisten Aufsteiger ist es nur ein kurzes Flattern im Showlicht. Sie stürzen schnell wieder ab, und am Ende gewinnt vor allem einer: Dieter Bohlen.

Der Hype um die Castingshow begann 2002. Nur Bohlen sitzt seit der ersten Staffel in der Jury, der 61-Jährige unterhält das Publikum mit derben Sprüchen („Das klingt, als wenn sie dir den Arsch zugenäht haben und die Scheiße oben rauskommt“). Einige der Teilnehmer wie Daniel Küblböck konnten sich eine Zeit lang in C-Promi-Kreisen halten. Der erste Sieger, Alexander Klaws, war immerhin 14 Wochen lang in den Charts.

Doch die erste Staffel blieb die erfolgreichste. Mit der zweiten sanken die Quoten: Von acht Millionen Zuschauern blieb die Hälfte übrig, seit 2013 schalteten im Schnitt nur noch etwa vier Millionen Leute ein. Auch die Strahlkraft der Sieger hat gelitten. Die Polin Aneta Sablik, Gewinnerin im vorigen Jahr, sagte 18 von 20 geplanten Anschlusskonzerten ab. Reinhardt Grahl von der Berliner Agentur Meistersinger sagte kleinlaut, mit Elektrodance könne man eben keine Hallen füllen.

Noch schlechter lief es für den diesjährigen Gewinner Severino Seeger: Niemand wollte ihn singen hören. Er musste, von einem Konzert in Mannheim abgesehen, seine gesamte Tournee stornieren. Nur die Schlagersängerin Beatrice Egli, Siegerin 2013, macht derzeit Kasse.

Der Verwertungsapparat besteht auch aus diversen Nebenprodukten. Früher gab es Klingeltöne fürs Handy und die Sendung „DSDS – Das Magazin“, in der Konflikte zwischen den Kandidaten als Seifenoper verkauft wurden. 2012 versuchte RTL mit „DSDS Kids“ ein Spin-off für Kandidaten unter 14 Jahren zu etablieren; der Sender setzte es nicht fort. Im selben Jahr fand in Eckernförde das erste Open-Air-Event statt.

Quinkensteins Streit dreht sich um zwei Sommerkonzerte. Nach dem DSDS-Finale 2014 sollten der Sieger und der Zweitplatzierte gemeinsam mit erfolgreichen Teilnehmern der Vorjahre auf zwei Konzerten singen, in Salzgitter und im niederrheinischen Kalkar. Quinkenstein zahlte 30 Prozent der Gagen als Vorkasse. Auch Dieter Bohlen sollte in beiden Städten auftreten.

Die Verträge zeigen, welche Ansprüche schon das Sangesfußvolk stellt. Für die rotgefärbte Sächsin Lisa Wohlgemuth hatte in Salzgitter laut Vertrag ein teurer Wagen bereitzustehen, „mindestens oberste Mittelklasse oder ein Van mit getönten Scheiben, in bestem Zustand mit gepflegtem Fahrpersonal“. Und in der Garderobe für sechs Personen („gemütlich gestaltet“) waren mindestens zehn große Duschhandtücher vorzuhalten.

Für das Catering werde „kein Plastikbesteck akzeptiert“. Ganztägig müsse es eine Auswahl an „abgewaschenem Obst und Gemüse“ sowie „Sweeties wie z. B. Gummitierchen“ geben. Zum Frühstück: „Frisches Bäckerbrot, – und Brötchenauswahl (NICHT von der TANKSTELLE!)“. Abendessen: „reichhaltige, warme, frisch zubereitete (!!!) Gerichte … Wir akzeptieren keine Tiefkühl- oder Fertiggerichte.“

Doch die Nachfrage nach den Superstars hielt sich in und um Salzgitter in Grenzen. Quinkenstein sagte deshalb das erste Open-Air-Event ab. Offizielle Begründung: schlechtes Wetter. Das Freilichtgelände am Salzgittersee sei deshalb zu gefährlich für die erwarteten 10 000 Zuschauer. In Wahrheit lief der Vorverkauf zu schlecht, maximal 2500 Besucher zeichneten sich ab. Später ließ er auch den Termin im Freizeitzentrum „Wunderland Kalkar“ absagen.

Die beiden beteiligten Konzertmanager bestanden auf der vollen Gage: der Tourmanager Marino Menichelli und der Künstleragent Grahl, der die meisten Staffelsternchen unter Vertrag nimmt. Für Aneta Sablik wurden für beide Termine 47 600 Euro gefordert, für Meltem Acikgöz, Zweite 2014, die Hälfte. Lisa Wohlgemuth, Zweite 2013, sollte für ein Viertel der aktuellen Siegerin auftreten.

Auch lieb gewonnene Maskottchen der DSDS-Gemeinde waren für Salzgitter und Kalkar vorgesehen: Menowin Fröhlich, Popsänger mit krimineller Vergangenheit und Teilnehmer der RTL-Shows 2005 und 2010, Menderes Bagci, ausgebildeter Tankwart mit mehrmals gescheiterten Castingversuchen, und Cosimo, der „Checker vom Neckar“. Sie sollten zusammen 18 000 Euro für jeweils 30 Minuten Spielzeit er-

FOTO: WWW.LARSBERG.EU

halten. Sie werden von Menichelli vertreten. Quinkenstein hatte allein an die Meistersinger-Agentur bereits 30 Prozent Vorschuss gezahlt, weitere Überweisungen lehnte er ab – kein Gesang, kein Geld. So landete man vor Gericht.

Das Berliner Landgericht gab Quinkenstein im April recht: Er durfte im Fall Salzgitter „den Vertrag ohne wichtigen Grund kündigen“. Meistersinger habe keine weiteren Zahlungsansprüche. Der Imageverlust, den die Agentur für ihre „Superstars“ geltend machte, ändere daran nichts. Jede Absage eines Konzerts könne sich möglicherweise nachteilig auf den Ruf der betroffenen Künstler auswirken; daraus folge jedoch nicht, dass in der Branche Kündigungen per se ausgeschlossen seien. Agent Grahl will in die nächste Instanz gehen.

Tourmanager Menichelli hat einen Titel gegen Quinkenstein erwirkt. Demnach stehen ihm 49 200 Euro zu, unter anderem für die Vermittlung des „Pop Titans Dieter Bohlen“, wie es im Vertrag heißt. Menichelli sagt über sich, er sei „so etwas wie der Vater“ der DSDS-Open-Air-Konzerte. Sein Büro hat er im Souterrain seines Wohnhauses in Quickborn bei Hamburg, an der Wand hängen zwei Goldene Schallplatten und ein Foto von 1980. Es zeigt ihn mit Dieter Bohlen, dessen Auftritte er bis heute koordiniert.

Menichelli sagt: Quinkenstein habe als Veranstalter versagt und ihm das Geschäft vermasselt, denn RTL sei seitdem nicht mehr so gut auf ihn zu sprechen. „Quinkenstein ist wie eine Schlange“, behauptet er. Aus einem Schreiben seiner Anwälte gehe hervor, dass der Veranstalter „offensichtlich untergetaucht“ sei, sie hätten ihn mehrfach angemahnt. Was nicht stimmen kann: Quinkenstein geht in Hamburg einer Arbeit nach, hat einen festen Wohnsitz und ist über seinen Anwalt erreichbar.

„Festivals wie in Salzgitter kosten selten unter 400 000 Euro“, sagt Menichelli. Es sei ein risikoreiches Geschäft, aber durchaus lukrativ: „Das Plattengeschäft läuft allgemein schlecht, außer im Schlager, aber die Tourneen und Festivals sind noch gewinnbringend.“ Die Gewinnschwelle bei Konzerten dieser Art liege, wenn es Sponsoren gebe, bei rund 8000 Besuchern. Und eines sei klar: Der Publikumsmagnet sei nach wie vor nur einer, „ohne ihn gäbe es viel weniger Zuschauer“ – Dieter Bohlen.

Im März 2014 erhielt Elmar Quinkenstein zwei Rechnungen. Absender: Dipl.-Kaufmann Dieter Bohlen. Für Salzgitter und Kalkar forderte er insgesamt 214 200 Euro, davon die Hälfte als Vorschuss. Quinkenstein überwies die erste Rate. Bohlen hat den Rest bisher nicht eingeklagt, sein Manager weiß nicht, ob er es noch tut. Knapp 60 000 Euro zu kassieren, ohne ein Wort zu sagen – das ist ja auch nicht so übel.

Udo Ludwig, Anna Reuß

FOTO: LENNART PREISS / DDP IMAGES

Faktencheck der SPIEGEL-Dokumentation

Hat die CSU ein Verfassungsproblem?

DER FALL Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel gilt als schlagfertig und scharfzüngig. Ständig ist er bemüht, das eigene Profil zu schärfen. Auch seine Partner aus der Regierungskoalition bekommen das mitunter zu spüren. Vor einigen Tagen spottete Gabriel auf seiner Facebook-Seite gegen die CSU: „Nur weil Bayern 1948 als einziges Bundesland gegen das Grundgesetz gestimmt hat, muss die CSU heute nicht ständig verfassungswidrige Gesetze entwerfen #Erbschaftssteuer #Betreuungsgeld“. Entspricht es der historischen Wahrheit, was Gabriel behauptet?

FÜR UND WIDER Tatsächlich stimmte der Bayerische Landtag als einzige Volksvertretung der deutschen Westzonen-Länder gegen das Grundgesetz – versicherte aber zugleich, die Verfassung zu akzeptieren, wenn zwei Drittel der deutschen Länder sie ratifizieren würden. Das alles war allerdings nicht 1948, sondern im Mai 1949. Grund für die bayerische Gegenstimme war, dass die CSU schon damals einen zu großen Einfluss des Bundes befürchtete und eine stärkere föderale Prägung der neuen Republik forderte.

Nun will es die List der Geschichte, dass das von der CSU initiierte Betreuungsgeld beim Bundesverfassungsgericht nicht aus familienpolitischen Gründen scheiterte – sondern weil der Bund sich laut dem obersten Gericht eine Gesetzgebungskompetenz angemaßt hatte, die ihm nicht zustand. Anders gesagt: Nicht das Betreuungsgeld an sich ist verfassungswidrig, sondern der Versuch des Bundes, es den deutschen Ländern aufzuzwingen. Insofern handelt es sich also um ein Urteil im Sinne des Föderalismus – und entspricht damit dem Anliegen Bayerns aus dem Jahr 1949.

Ein Besucher von Gabriels Facebook-Seite fragte nun: „Hat die SPD denn gegen das Betreuungsgeld gestimmt. Hab’ ich was verpasst?“ Prompte Antwort vom Gabriel-Team: „Womöglich haben Sie da wirklich was verpasst: Die SPD hat gegen das Betreuungsgeld gestimmt.“

SPD-Politiker Gabriel

Da hat das Team recht: Die SPD stimmte im Sommer 2012 tatsächlich gegen das Betreuungsgeld. Allerdings war die Partei da noch nicht in der Regierung. Manuela Schwesig (SPD) versprach damals: „Eine SPD-geführte Bundesregierung wird das Betreuungsgeld sofort wieder abschaffen.“ Doch es reichte im September 2013 nicht zu einem SPD-geführten Kabinett, und die Union beharrte auf dem Betreuungsgeld. Die SPD gab klein bei, Schwesig wurde sogar Familienministerin.

Gabriel verwies in seinem Facebook-Post zudem auf die Erbschaftsteuer. Die entsprechenden Paragrafen wurden Ende 2008 reformiert, nachdem das Verfassungsgericht die alten Bestimmungen im November 2006 kassiert hatte. Doch auch diese Reform fiel in Karlsruhe 2014 durch. Verantwortlich für das Gesetz waren 2008 allerdings nicht die Koalitionspartner von der CSU, sondern die SPD und der damalige Finanzminister Peer Steinbrück.

FAZIT Es stimmt nicht, dass die CSU ein besonderes Problem mit der Verfassung hat.

Hauke Janssen